



Antisemitismusgipfel: Antonio Martino, Günther Sablattnig, Maram Stern, interimistischer CEO des World Jewish Congress, Katharina von Schnurbein, Koordinatorin der Europäischen Kommission zur Bekämpfung des Antisemitismus.

Schutz jüdischer Gemeinschaften

Beim „Antisemitismus-Gipfel“ in Bukarest wurde über die Sicherheitssituation der jüdischen Gemeinden und mögliche Strategien gegen Antisemitismus beraten.

Der rumänische EU-Ratsvorsitz setzte im ersten Halbjahr 2019 die unter österreichischer Präsidentschaft begonnenen Arbeiten fort, den Antisemitismus zu bekämpfen sowie den Schutz jüdischer Gemeinden in Europa zu verbessern. Die Innenminister der EU-28 nahmen in ihrer letzten JI-Ratstagung unter österreichischem Vorsitz die „Erklärung des Rates zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Entwicklung eines gemeinsamen Sicherheitskonzepts für einen besseren Schutz jüdischer Gemeinschaften und Einrichtungen in Europa“ an. Die Europäische Kommission setzte daraufhin zur Umsetzung der Erklärung eine eigene Arbeitsgruppe ein, die bis Ende 2020 die Mitgliedstaaten bei der Entwicklung von ganzheitlichen Strategien zur Verhütung und Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus unterstützen soll. Die Beauftragten und Koordinatoren zur Bekämpfung von Antisemitismus aus Europa und der ganzen Welt

kamen zu ihrem ersten „Gipfeltreffen“ am 17./18. Juni 2019 in Bukarest zusammen, um über die Sicherheitssituation der jüdischen Gemeinden und mögliche Strategien gegen Antisemitismus zu beraten. Es war das erste Treffen dieser Art, das von der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft gemeinsam mit dem *Jüdischen Weltkongress (WJC)* organisiert wurde.

Antisemitismus bekämpfen. Neben den Beauftragten und Koordinatoren zur Bekämpfung von Antisemitismus der 28 EU-Mitgliedstaaten sowie einiger Drittstaaten nahmen auch die Koordinatorin der Europäischen Kommission zur Bekämpfung des Antisemitismus Katharina von Schnurbein sowie Élan Carr, der US-Sonderbeauftragte für die Bekämpfung des Antisemitismus, an dem Treffen teil. Zudem waren Vertreter jüdischer Gemeinden weltweit nach Bukarest gereist, um über die Sicherheitssituation in ihren Staaten zu bera-

ten. Aus Österreich nahmen der Generalsekretär der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, Dr. Raimund Fastenbauer, sowie der Delegationsleiter in der Antisemitismus-Arbeitsgruppe der Europäischen Kommission, Dr. Antonio-Maria Martino (Innenministerium – Gruppe I/B), an der Konferenz teil. Die Gespräche konzentrierten sich darauf, wie man den Antisemitismus eindämmen oder besiegen könne. Es wurden Fortschritte – etwa bei der Zusammenarbeit mit sozialen Medien – und Herausforderungen in Europa sowie anderen Teilen der Welt diskutiert.

Ziel der Veranstaltung war es auch, weitere Staaten zu animieren, die Antisemitismus-Definition der *International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)* anzunehmen. Die IHRA ist eine 1998 gegründete zwischenstaatliche Einrichtung, die das Ziel verfolgt, die Aufklärung und Forschung sowie das Erinnern an den Holocaust voranzutreiben.



Denkmal in Bukarest für rumänische Juden, die Opfer des Holocaust waren.

Österreichisches Sicherheitsmodell.

Im Anschluss an die Konferenz in Bukarest fand am 20. Juni 2019 die erste Sitzung der Antisemitismus-Arbeitsgruppe der Europäischen Kommission statt. Dieses Treffen war der Sicherheit bzw. dem Schutz der jüdischen Gemeinden und Einrichtungen gewidmet. Es waren Vertreter der zuständigen Ministerien der Mitgliedstaaten sowie der jüdischen Gemeinden in Europa dabei. Österreich war auch bei dieser Veranstaltung durch IKG-Generalsekretär Dr. Fastenbauer und Delegationsleiter Dr. Martino vertreten. Letzterer referierte

über die Inhalte und Prioritäten der Ratserklärung vom 6. Dezember 2018.

Hofrat Mag. Erich Zwettler, Leiter des Landesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung Wien, erläuterte die Zusammenarbeit der Polizei mit der jüdischen Gemeinde in Wien und präsentierte das „österreichische Sicherheitsmodell“ zum Schutz jüdischer Einrichtungen.

Der österreichische nationale Experte im Generalsekretariat des Rates der EU, Büro des Anti-Terrorkoordinators, Mag. Günther Sablattnig, moderierte das Panel über Fragen des physischen

Schutzes und der Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden. Im Rahmen dieser Arbeitsgruppensitzung wurden sicherheitsrelevante Herausforderungen der jüdischen Gemeinden in Europa diskutiert. Die Teilnehmer kamen überein, dass eine engere Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden und den jeweiligen für die Sicherheit der jüdischen Gemeinden Verantwortlichen notwendig ist. Die österreichische Zusammenarbeit hat dabei Modellcharakter.

Die nächsten Treffen der Arbeitsgruppe sollen am 10./11. Dezember 2019 und am 25./26. März 2020 stattfinden und werden den Bereichen Bildung, Holocaust-Erinnerung und Datensammlung gewidmet sein. Während der deutschen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 sollen die Mitgliedstaaten ihre nationalen Strategien zur Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus präsentieren.

Die Veranstaltungen in Bukarest und Brüssel haben die Notwendigkeit einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen den Polizeibehörden und den jüdischen Gemeinden aufgezeigt, um konkrete Schritte für die Sicherheit und damit das Fortbestehen dieser Gemeinden zu unternehmen.

A. M.

ÖSTERREICHISCHER VÖLKERRECHTSTAG

Brexit und andere Herausforderungen

Der 44. österreichische Völkerrechtstag fand von 13. bis 15. Juni 2019 in Rust am Neusiedlersee statt. Er wurde in diesem Jahr von der Abteilung für Völkerrecht und internationale Beziehungen der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien ausgerichtet. Seit 1976 kommen die in Forschung, Lehre und Praxis tätigen Völkerrechtler aus Österreich und dem süddeutschen Raum zusammen, um aktuelle Themen zu besprechen und ihre Erfahrungen auszutauschen. Neben den Angehörigen der Völkerrechtsinstitute der österreichischen aber auch einzelner deutscher und eidgenössischer Universitäten waren auch Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung – etwa aus dem Bundeskanzleramt, dem Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres sowie dem Bundesministerium

für Inneres – zum diesjährigen Völkerrechtstag eingeladen.

Die Tagung wurde von Univ.-Prof. Dr. August Reinisch (Universität Wien) geleitet und zeigte unter dem Titel „Zurück zu den Quellen des Völkerrechts“ die Bandbreite aktueller völkerrechtlicher Fragestellungen und Herausforderungen. Es wurden etwa von Botschafter Gregor Schusterschitz, dem österreichischen Vertreter in der EU-Ratsarbeitsgruppe „Brexit“, Einsichten in die Verhandlungen über den Brexit und ein Ausblick auf die nächsten Schritte beim Austritt des Vereinigten Königreichs gegeben.

Weitere Vorträge befassten sich mit Fragen des Ausstiegs aus völkerrechtlichen Verträgen oder auch aus internationalen Institutionen, wie dies in letzter Zeit gehäuft vorkommt oder von Staaten angedroht wird. Dabei wurden rechtsphilosophische und rechtspoliti-

sche Facetten thematisiert, wobei etwa das Verhältnis Russlands zum Europarat und zur EMRK beleuchtet wurde. Die Relevanz des Gewohnheitsrechts und die allgemeinen Regeln für seinen Nachweis wurden kritisch beleuchtet sowie historische und rechtsdogmatische Aspekte allgemeiner Rechtsgrundsätze diskutiert. Im Rahmen eines Praktiker-Panels boten Botschafter Roger Dubach, Gesandter Konrad Bühler und Ministerialdirektor Christophe Eick unter der Leitung von Botschafter Helmut Tichy Einblicke in die österreichische, deutsche und schweizerische Völkerrechtspraxis.

Der 44. Völkerrechtstag zeigte anhand der vielfältigen Herausforderungen, die derzeit die internationale Staatengemeinschaft und insbesondere die Europäische Union beschäftigen, wieder einmal die Notwendigkeit eines regelmäßigen Austausches zwischen Forschung, Lehre und Praxis.

A. M.

FOTO: ANTONIO MARTINO